

Jahrespressekonferenz 2025

Statement Daniela Schwarzer:

Frau Schwarzer, wie blicken Sie auf den aktuellen Zustand der Demokratie weltweit?

Weltweit stehen Demokratien zunehmend unter Druck – und das aus gleich drei Richtungen:

- Erstens haben es viele Demokratien versäumt, sich an tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen anzupassen. Dazu zählen gesellschaftliche Polarisierung, zunehmend ungleiche Wohlstandsverteilung, zunehmende Individualisierung und Vereinsamungstendenzen oder die sinkenden gesellschaftlichen Bindekräfte von Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften.
- Zweitens wächst bei vielen Menschen die Verunsicherung durch neue Risiken, etwa neue Sicherheitsbedrohungen, Gesundheitsrisiken wie die Corona-Pandemie und der Klimawandel. Auch der demografische Wandel sowie die digitale Transformation stellen Demokratien vor grundlegende Herausforderungen, auf die sie Antworten finden müssen.
- Und drittens werden liberale Demokratien zunehmend angegriffen – von innen wie von außen. In Deutschland zählen laut den Sicherheitsbehörden, u.a. dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Russland, China und der Iran zu den aktivsten Akteuren im Bereich hybrider Bedrohungen wie Angriffe im Cyberraum, gegen kritische Infrastrukturen oder durch Desinformation.

Demokratien stehen damit unter einem dreifachen Druck: sie müssen auf neue Herausforderungen reagieren, Verunsicherung begegnen und äußere Angriffe abwehren – ohne dabei ihre eigenen Grundwerte zu gefährden.

Wie bewerten Sie die Lage der Demokratie in Deutschland?

Daniela Schwarzer: Die Demokratie in Deutschland steht auf einem soliden Fundament, doch die Herausforderungen nehmen spürbar zu. Wir haben weiterhin positive gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Zwar beobachten wir auch in Deutschland eine zunehmende Polarisierung, doch sie ist weniger emotional aufgeladen als etwa in den USA. Wir verfügen zudem über eine starke prodemokratische Zivilgesellschaft, eine tiefe gesellschaftliche Verankerung demokratischer Normen und ein weiterhin hohes Maß an politischem Engagement.

Gleichzeitig beobachten wir aber auch besorgniserregende Entwicklungen: Das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in demokratische Verfahren und Akteure schwindet – immer mehr Menschen entfremden sich von der Demokratie. Wir erleben zugleich Angriffe auf demokratische Strukturen und unsere offene Gesellschaft. Dazu zählen nicht nur hybride Attacken auf kritische Infrastruktur, sondern auch die zunehmende Anfeindung von Politikerinnen und Politikern. Diese Entwicklungen müssen wir ernst nehmen und gegensteuern, denn unsere Demokratie ist belastbar, aber keineswegs unverwundbar.

Was braucht unsere Demokratie jetzt, um nicht nur zu bestehen, sondern gestärkt aus den Krisen der heutigen Zeit hervorzugehen?

Daniela Schwarzer: Unsere Demokratie muss zwei Dinge leisten: Sie muss einerseits die Handlungsfähigkeit des Staates sichern und stärken und andererseits die Kräfte einer aktiven, vielfältigen Gesellschaft besser entfalten. Diese Kombination aus starkem Staat und starker Zivilgesellschaft macht die liberale Demokratie aus. Konkret heißt das: Wir brauchen einen Staat, der effektiv und schnell auf neue Herausforderungen reagieren kann – durch Reformen, die die Verwaltung modernisieren und demokratische Verfahren transparenter und krisenfester machen. Gleichzeitig müssen wir die in unserer Gesellschaft bereits vorhandenen demokratischen Ressourcen besser nutzen: durch mehr Beteiligungschancen, insbesondere für junge Menschen, mehr Transparenz staatlicher Prozesse, engere Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft und besseren Schutz für das Ehrenamt. Demokratie muss als lernendes, anpassungsfähiges System verstanden werden, das in der Lage ist, sich an neue Gegebenheiten anzupassen, dabei jedoch seine Grundwerte von Freiheit und Teilhabe bewahrt.

Was macht Sie optimistisch, wenn Sie auf die Demokratie in unserem Land und in Europa blicken?

Daniela Schwarzer: Angesichts der politischen Entwicklungen in den USA ist die Europäische Union zur bedeutendsten Bastion der liberalen Demokratie geworden. Das ist eine enorme Verantwortung. Wir können uns nicht mehr auf Orientierung von jenseits des Atlantiks verlassen – wir müssen unseren eigenen Weg finden und gestalten. Dazu gehört auch, dass wir uns in Europa noch entschiedener um unsere Sicherheit, nachhaltiges Wachstum und die Grundlagen unserer Demokratie kümmern. In Zeiten des digitalen Wandels gehört technologische Souveränität auch aus Demokratiegesichtspunkten dazu. Wenn wir die liberale Demokratie als zentralen Pfeiler einer erfolgreichen Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten weiterentwickeln, stärken wir unsere eigene Resilienz und auch unsere internationale Ausstrahlung: Werte wie Freiheit, offene Gesellschaften und sozialer Zusammenhalt werden immer noch von vielen in der Welt geschätzt.